



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

A-Post

Bundesamt für Migration
Abteilung Bürgerrecht
3003 Bern

Zug, 9. März 2010 ek

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD: Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes/Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem bei uns am 18. Dezember 2009 eingetroffenen Schreiben haben Sie den Regierungsrat des Kantons Zug zur Vernehmlassung in oben genannter Angelegenheit eingeladen. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme, welche wie gerne wahrnehmen.

Der Regierungsrat des Kantons Zug begrüsst grundsätzlich die Stossrichtung der vorliegenden Bürgerrechtsrevision. Es ist sinnvoll, die Anforderungen an das Einbürgerungsverfahren den revidierten ausländerrechtlichen Bestimmungen anzupassen und gesamtschweizerisch in gewissen Bereichen eine Harmonisierung anzustreben.

In der Beilage finden Sie den von uns beantworteten Fragenkatalog, welcher Bestandteil unserer Stellungnahme ist.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

Peter Hegglin
Landammann

Renée Spillmann Siegwart
stv. Landschreiberin

Beilage:
Fragenkatalog

Seite 2/2

Kopie mit Beilage an:

- Eidg. Parlamentarier des Kantons Zug
- Direktion des Innern (3)
- Sicherheitsdirektion
- Bürgergemeinden des Kantons Zug
- Datenschutzbeauftragter des Kantons Zug
- Kommission für Gleichstellung von Frau und Mann
- urs.fischli@bfm.admin.ch